

474/A XXI.GP
Eingelangt am: 04.07.2001

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Dr. Gabriela Moser, Freundinnen und Freunde

betreffend Pfandsystem für Handys

Bisher wurden in Österreich bereits über 10 Millionen Handys verkauft. Mehr als ein Drittel dieser Geräte (ca. 4 Mio) lagern bereits als „Althandys“ in den österreichischen Haushalten. Das entspricht einigen hundert Tonnen allein an Akkus zuzüglich vieler weiterer Tonnen an Elektronik- und Kunststoffabfall. Akkus enthalten zahlreiche umwelt- und gesundheitsgefährdende Stoffe wie zB das Schwermetall Cadmium, das giftig ist und als krebserregend eingestuft wird, weshalb ein Verbot der NiCd-Akkus auf EU-Ebene in Vorbereitung ist.

Es ist daher besonders wichtig, daß Althandys nicht im Restmüll landen. Bereits nach geltendem Recht sind die Handy-Verkaufsstellen verpflichtet, ausgediente Akkus zurückzunehmen - dies wird den KonsumentInnen jedoch fast ausnahmslos in völlig unzureichender Weise oder gar nicht bewußt gemacht. Ein flächendeckendes Sammelsystem für Althandys oder Elektronikschrott wie etwa in der Schweiz, Norwegen oder den Niederlanden existiert nicht, ebenso ist die Sammlung von Elektroaltgeräten insgesamt nur in einzelnen Bundesländern und hier auf freiwilliger Basis verankert.

Um den KonsumentInnen einen stärkeren Anreiz zu geben, ihr Handy ohne Nachteile für die Umwelt durch die Rückgabe in Geschäften des Elektrofachhandels oder in Handyshops zu entsorgen, ist die Einführung eines Pfands auf neu verkaufte Handys sinnvoll.

Der Wiener Gemeinderat hat am 26.6. gegen die Stimmen der ÖVP, die auf Bundesebene das für Umwelt zuständige Regierungsmittel stellt, einen Beschlußantrag angenommen, der den zuständigen Bundesminister auffordert, ein Pfandsystem für Handys einzuführen, um insbesondere die Rücklaufquote der gefährlichen Akkus zu erhöhen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung und insbesondere der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft wird aufgefordert, die baldmöglichste Einführung eines Pfandsystems für Handys zu prüfen und vorzubereiten.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Umweltausschuß vorgeschlagen.